

# Christsein unter kommunistischen oder sozialistischen Regierungen

Peter C. Phan

Es ist eine Ironie der Geschichte: Der Kommunismus lebt nach dem Fall der Berliner Mauer als politisches und ökonomisches System, dessen Ursprünge im Westen liegen, nun zumindest in seiner offiziellen Form nur noch im Osten (sowie in Kuba) fort, insbesondere in China, Myanmar (Birma), Nordkorea und Vietnam. Zudem ist seine Zukunft als staatlich kontrolliertes Wirtschaftssystem zur Zeit stark gefährdet, weil China und Vietnam Mitglieder der Welthandelsorganisation geworden sind und nach und nach die freie Marktwirtschaft einführen (vgl. den berühmten Ausspruch Deng Xiaopings: „Armut ist nicht Sozialismus. Reich zu sein ist wunderbar.“). Myanmar und Nordkorea allerdings leiden unter weit verbreiteter Armut und unter brutalen Militärdiktaturen. Gleichwohl ist jede Prognose des baldigen Untergangs des Kommunismus und seines sozialistischen Wirtschaftssystems in Asien hochgradig verfrüht. Denn die kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams halten sich noch immer an der Macht - trotz der häufigen und hartnäckigen Infragestellung ihres Machtmonopols von innen wie von außen.

## Das Christentum unter asiatischen sozialistischen Regierungen

Unterdessen versucht das Christentum in Asien weiterhin, mit den kommunistischen bzw. sozialistischen Regierungen seiner Gastländer zurechtzukommen. Nach mehr als einem halben Jahrhundert der Koexistenz mit dem Kommunismus in den vier obengenannten Ländern hat das Christentum zum Glück mittlerweile einen *modus vivendi* entwickelt. Dieser ist zwar nicht ideal, doch er ermöglicht nicht nur den Fortbestand der christlichen Kirchen, sondern sogar ein Wachstum, das alle Erwartungen übertrifft. Das Leben als Christ in kommunistischen bzw. sozialistischen Systemen ist zweifellos mit Herausforderungen und Chancen eigener Art verbunden. Um sie zu verstehen, ist es nötig, die derzeitige Situation der Christen in jedem dieser vier asiatischen Länder zu betrachten.

### Nordkorea

Das Christentum - genauer gesagt: der römische Katholizismus - kam 1784 nach Korea. Es wurde nicht von Missionaren gebracht, sondern von einem Laien, Peter

Yi Sunghun (Ri Syeng Houn bzw. Seng-Hoon Lee). Er kehrte nach seiner Taufe in Peking in seine Heimat zurück und gründete dort eine Kirche. Der neue Glaube breitete sich rasch aus; 1857 zählte er schon um die 15.000 Mitglieder. Er wurde (insbesondere wegen des Verbots der Ahnenverehrung durch die katholische Kirche) als Bedrohung der konfuzianischen Stabilität der Gesellschaft angesehen. Auch sollte er eine Gefahr für die buddhistischen Überzeugungen und Bräuche sowie für die nationale Souveränität darstellen. Deshalb war er schon bald massiven Verfolgungen ausgesetzt. Diese ereigneten sich vor allem in den Jahren 1839, 1846 und 1866, und etwa 8000 Katholiken fielen ihnen zum Opfer (1984 sprach Johannes Paul II. 103 Märtyrer heilig; der bekannteste unter ihnen ist Andrew Kim Tae-gon, der 1846 enthauptet wurde). Die evangelischen Kirchen (vor allem Presbyterianer, Methodisten und Baptisten) begannen 1885 mit der Mission in Korea. Sie hatten ein ähnlich spektakuläres Wachstum zu verzeichnen wie die römisch-katholische Kirche. Ihr Erfolg ist vor allem auf die Erweckungsbewegungen zurückzuführen und konzentrierte sich besonders auf Pjöngjang, die heutige Hauptstadt Nordkoreas.

Die Geschichte des Christentums in Korea ist eng verknüpft mit dem politischen Schicksal des Landes. Nach der fünfhundert Jahre andauernden Herrschaft der Yi-(Joseon-)Dynastie (1392-1910) war Korea 35 Jahre lang von Japan besetzt (1910-1945). Den Koreanern wurde der Schintoismus als Nationalreligion aufgedrungen, und die christlichen Kirchen wurden systematisch verfolgt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die koreanische Halbinsel in beiderseitigem Einvernehmen zwischen den USA und der UdSSR entlang des 38. Breitengrades geteilt. Über die Wiedervereinigung des Landes sollte 1948 in einer Abstimmung entschieden werden. Diese aber wurde nicht abgehalten. Im gleichen Jahr bildete sich im Süden die Republik Korea (RK) unter Präsident Syngman Rhee (1875-1965) und im Norden die Demokratische Volksrepublik Korea (VRK) unter Kim Il Sung (1912-1994). Während des Koreakriegs (1950-1953) wurden die Christen erneut verfolgt, nun von der kommunistisch geführten Demokratischen Volksrepublik Korea. Hunderte von christlichen Führern wurden getötet, und Kirchen wurden zerstört oder konfisziert.

Während die christlichen Kirchen im Norden seit den 1950er Jahren bis heute nur eine kümmerliche Existenz führen, erlebte das Christentum katholischer wie evangelischer Provenienz in der Republik Korea (Südkorea) einen phänomenalen Aufschwung - sowohl in Bezug auf die Mitgliederzahl als auch im Blick auf seinen Einfluss im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und in der Sozialfürsorge. Heute zählt das Christentum in Südkorea neben dem Buddhismus, dem Konfuzianismus und dem Schamanismus zu den größten Religionen. Der Volkszählung von 2005 zufolge sind 29,2 Prozent der Südkoreaner Christen; davon sind etwa 20 Prozent evangelisch und 10 Prozent katholisch. Der koreanische Protestantismus ist in zwei Gruppierungen organisiert: dem eher links stehenden *Korea National Council of Churches* und dem eher konservativen *Christian Council of Korea*. Neben den evangelischen Hauptgruppierungen verzeichnen die Evangelikalen ein spektakuläres Wachstum: So etwa die *Yoido Full Gospel Church*, die

von David Yonggi Cho und seiner Schwiegermutter Choi Ja-Shil gegründet wurde und mittlerweile mit über einer Million Mitglieder die größte evangelische Gemeinde der Welt ist. Aufgrund der offenen südkoreanischen Gesellschaft ist viel über das dortige Christentum bekannt, und Informationen darüber sind gut zugänglich. Uns geht es hier allerdings nicht primär um das südkoreanische Christentum, sondern um das nordkoreanische. Paradoxaerweise lässt sich die Frage nach der christlichen Identität in der kommunistischen VRK nicht ohne die Tätigkeit der christlichen Kirchen in der kapitalistischen RK behandeln. Dies wird gleich zu erläutern sein.

Eine der verhängnisvollen Folgen des Koreakriegs war die massenhafte Wanderungsbewegung von Nord nach Süd. Sie ist der Grund für die Trennung von mehr als 10 Millionen Familien und für die Dezimierung des Christentums im Norden. Vor dem Krieg lebten zwei Drittel der koreanischen Christen im Norden. Der Großteil davon floh vor dem Kommunismus in den Süden. Nach 1945 machte sich Nordkoreas politische Führung den kämpferischen Atheismus des Stalinismus zu eigen. Jede Art der Religionsausübung und alle religiösen Organisationen wurden unterdrückt. Das traf natürlich auch das Christentum. In den 1960er Jahren versuchte Nordkorea zu größerer Eigenständigkeit (*juche*) zu gelangen und sich vom sowjetischen und chinesischen Einfluss zu lösen. Doch der Zusammenbruch der Sowjetunion sowie der kommunistischen Regierungen Osteuropas nach 1989 waren herbe Rückschläge für Korea. Kim Il Sung versuchte in seinen letzten Lebensjahren, Gespräche mit Südkorea aufzunehmen. Durch seinen Tod 1994 wurde allerdings die Aussicht auf eine friedliche Wiedervereinigung der koreanischen Halbinsel zunichte gemacht. 1998 begann der südkoreanische Präsident Kim Dae Jung mit der „Sonnenscheinpolitik“ gegenüber Nordkorea. Im Jahr 2000 besuchte er die Hauptstadt Pjöngjang und traf sich mit Präsident Kim Jong Il. In den letzten Jahren allerdings haben sich die politischen Beziehungen zwischen Nordkorea und der übrigen Welt rapide verschlechtert. Der Grund hierfür liegt in Nordkoreas Versuch der Entwicklung von Atomwaffen.

Bis vor Kurzem war über das Christentum in der abgeschotteten VRK kaum etwas bekannt, was die alte Bezeichnung Koreas als „Einsiedlerkönigreich“ in neuem Licht erscheinen lässt. 1945 gab es im Norden des Landes drei katholische Diözesen. Nach der Emigrationsbewegung von 1953 blieben nur etwa 25.000 Katholiken. Seit den 1980er Jahren wurden Besuche von offiziellen Vertretern der katholischen Kirche aus dem Vatikan sowie aus Südkorea zugelassen. 1988 wurde in Pjöngjang eine Kirche gebaut, in der regelmäßig Gottesdienste von südkoreanischen Geistlichen gehalten werden. Für die evangelischen Gläubigen schuf die kommunistische Regierung 1946 die *Korean Christians Federation* (KCF), in der alle evangelischen Denominationen zusammengefasst wurden. Die KCF hat angeblich 100.000 Mitglieder. Die tatsächliche Zahl liegt vermutlich erheblich niedriger. Die Christen dort sind vor allem in Hauskirchen organisiert. 1972 wurde es der KCF gestattet, ihre Ausbildungsstätte (das *Pyongyang Theological Seminary*) wiederzueröffnen sowie 1988 und 1992 zwei Kirchen in Pjöngjang zu bauen. 1974 stellte die KCF beim Ökumenischen Rat der Kirchen den

Antrag auf Mitgliedschaft, und 1976 trat sie der Christlichen Friedenskonferenz bei. Zu Beginn des Jahres 1985 schickte der US-amerikanische *National Council of the Churches of Christ* eine Delegation nach Nordkorea. Im Jahr darauf kam es im schweizerischen Glion auf einer Friedenskonferenz erstmals seit 1945 wieder zu einer Begegnung zwischen den Führern des KCF und des *National Council of Churches in Korea*. Diese Treffen wurden 1990, 1995 und 1996 und danach in Nordkorea selbst wiederholt. Gemeinsam entwarf man Pläne für die Wiedervereinigung des Landes. In den 1990er Jahren nahm internationale humanitäre Hilfe für nordkoreanische Flutopfer ihren Weg teilweise über den KCF. Das zeigt, dass die Regierung dem nordkoreanischen Christentum ein erstaunliches Maß an Anerkennung zollt.

## Birma/Myanmar

Am Golf von Bengalen zwischen Süd- und Südostasien liegt das Land, das bis 1889 Birma bzw. Burma hieß. Von 1824 bis 1885 stand es unter britischer Kolonialherrschaft, und während des Zweiten Weltkriegs war es von Japan besetzt. 1948 erlangte es seine Unabhängigkeit. Freie Wahlen wurden 1960 abgehalten. Aus der Parlamentswahl 1990 ging die Oppositionspartei (die *National League for Democracy*) unter der Führung von Aung San Suu Kyi (der späteren Nobelpreisträgerin) als klare Siegerin hervor. Doch die herrschende Militärjunta weigerte sich, die Macht abzugeben, und stellte Aung San Suu Kyi unter Hausarrest. Aufgrund der Habgier und des Missmanagements der militärischen Machthaber zählt Myanmar (neben Nordkorea) zu den ärmsten Ländern der Welt, obwohl das Land reich an Bodenschätzen ist.

Der katholische Glaube kam 1554 durch portugiesische Franziskanermissionare nach Myanmar, später auch durch andere Religionsgemeinschaften wie die Pariser Mission und das Mailänder Seminar für auswärtige Mission. Zur Zeit leben im Land etwa eine halbe Million Katholiken, und zwar vor allem unter den ethnischen Gruppen der Chin, Kachin, Karen sowie der Shan. Es gibt 23 Diözesen mit drei Erzdiözesen, die die Birmesische Bischofskonferenz bilden. Mit dem Protestantismus machte Myanmar 1812 durch Adoniram und Ann Judson von der *American Baptist Missionary Union* Bekanntschaft. Die anglikanische Kirche kam mit der britischen Kolonialisierung; die Anglikanische Kirche Birmas wurde 1877

*Peter C. Phan SJ*, geb. 1946 in Vietnam, gelangte 1975 als Flüchtling in die USA und studierte Theologie und Philosophie an der Salesiana in Rom und der Universität London. Er erhielt drei Dokortitel und zwei Ehrendoktorate. Er ist der erste Inhaber des Ignacio-Ellacuría-Lehrstuhls für katholische Soziallehre an der Georgetown-Universität in Washington, D.C., USA. Zuvor lehrte er in Honkong, Dallas und an der Katholischen Universität von Washington. 2010 wurde er von der Katholisch-theologischen Gesellschaft Amerikas mit dem John-Courtney-Murray-Preis für herausragende Leistungen in der Theologie ausgezeichnet. Veröffentlichungen u.a.: *Christianity with an Asian Face* (2003); *In Our Own Tongues: Perspectives from Asia on Mission and Inculturation* (2003); *Being Religious Interreligiously: Asian Perspectives on Interfaith Dialogue* (2004); *Mission and Catechesis* (2006). Anschrift: The Ignacio Ellacuría Chair of Catholic Social Thought, Theology Department, Georgetown University, Washington, DC 20057. E-Mail: [pcp5@georgetown.edu](mailto:pcp5@georgetown.edu).

gegründet. Später folgten andere Denominationen, so etwa die *Assemblies of God*, die *Church of Christ*, die Methodisten sowie die Presbyterianer. Die evangelischen Kirchen sind im *Burma Council of Churches* zusammengeschlossen, welcher auch der *Christian Conference of Asia* angehört.

Wie das Schicksal des Christentums in Nordkorea, so ist auch dasjenige des birmesischen Christentums eng mit den politischen Wechselfällen des Landes verbunden. Nach der Unabhängigkeit 1946 wurde der Buddhismus von der Regierung U Nu (1948-1958 sowie 1960-1962) zur Staatsreligion erklärt, was mit einer Benachteiligung der christlichen Volksstämme einherging. Die Regierung Ne Win (1958-1960 sowie 1962-1988) hob diesen privilegierten Status des Buddhismus auf und stellte alle Religionen gleich. Gleichwohl regierte Ne Win (1910-2002), der Gründer der *Burma Socialist Program Party*, Myanmar als Einparteienstaat. Auch begründete er den „Birmesischen Weg zum Sozialismus“, der marxistische, anti-westliche, sozialistische Züge trägt und die Macht in der Hand des Militärs konzentrierte. In der Folge wurden alle kirchlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialfürsorge-Einrichtungen verstaatlicht und alle ausländischen Missionare ausgewiesen. Angesichts dieser Situation mussten die christlichen Kirchen des Landes lernen, auf sich allein gestellt und ohne personelle oder finanzielle Hilfe von außen zu existieren.

## Vietnam

Außer auf den Philippinen, in Südkorea und Osttimor gibt es auch in der Sozialistischen Republik Vietnam eine beträchtliche Anzahl von Christen. Die katholische Kirche Vietnams besteht derzeit aus 26 Diözesen; etwa 7 Prozent der Gesamtbevölkerung von 80 Millionen Menschen gehören ihr an. Die Jesuiten begannen Anfang des 17. Jahrhunderts mit ihrer Mission unter dem portugiesischen *padroado*. Berühmtheit erlangte vor allem Alexandre de Rhodes (1593-1660). Zur damaligen Zeit wurde Vietnam Annam genannt und war zweigeteilt. Der nördliche oder „äußere Teil“ Tonkin wurde von der Trinh-Familie beherrscht und der südliche, „innere Teil“ Cochinchina von der Nguyen-Familie. Gegnerschaft und Kriege zwischen Norden und Süden erschwerten die Arbeit der Missionare beträchtlich. Von beiden Seiten wurden sie der Spionage verdächtigt. Zudem wurde dem Christentum aufgrund des Verbots der Ahnenverehrung (im sogenannten chinesischen Ritenstreit) vorgeworfen, den kulturellen und religiösen Traditionen Vietnams feindlich gegenüberzustehen. Ungeachtet dieser Hindernisse hatte die Kirche um die Mitte des 17. Jahrhunderts ein beträchtliches Wachstum zu verzeichnen. Doch ihre weitere Ausbreitung wurde durch Verfolgungen sehr erschwert, insbesondere seit der Kolonisierung Vietnams durch die Franzosen ab 1850. Zwischen der Mitte des 17. Jahrhunderts und dem Ende des 19. Jahrhunderts wurden ungefähr 130.000 Katholiken getötet (1988 sprach Papst Johannes Paul II. 117 von ihnen heilig, darunter 96 Vietnamesen).

Was das Christsein unter der vietnamesischen kommunistisch-sozialistischen Regierung angeht, so ist dafür besonders die Zeit zwischen 1954 und 1975 für die römisch-katholische Kirche im kommunistischen Norden (damals: Demokrati-

sche Republik Vietnam) von Belang sowie die Zeit von 1976 bis heute für die Christen in der Sozialistischen Republik Vietnam (nach der Vereinigung von Norden und Süden; der Südteil hieß bis 1975 Republik Vietnam). Der bewaffnete Unabhängigkeitskampf gegen Frankreich, der vor allem von Ho Chi Minh angeführt wurde, endete mit der Genfer Indochinakonferenz (21. Juli 1954). Das Land wurde vorläufig in zwei Zonen aufgeteilt, wobei der 17. Breitengrad als „provisorische militärische Demarkationslinie“ diente. Nach dem Beschluss der Konferenz sollte der Norden von den kommunistischen Viet Minh und der protestantische Süden von Kaiser Bao Dai regiert werden. Dies sollte bis zu den für 1956 angesetzten Parlamentswahlen gelten, nach denen eine einheitliche Regierung eingesetzt werden sollte. Für die Dauer von 300 Tagen nach Unterzeichnung des Abkommens sollten die Menschen entsprechend der jeweiligen politischen Präferenzen die Wahl haben, nach Norden oder Süden umzusiedeln. Etwa eine Million Bewohner des Nordens migrierten in den Süden, darunter etwa eine halbe Million Katholiken. Vom Süden in den Norden zogen etwa 52.000 Menschen. Diese Wanderungsbewegung war für das nordvietnamesische Christentum eine Katastrophe - vergleichbar etwa dem, was dem nordkoreanischen Christentum zuvor widerfahren war.

Gegen die festgesetzten Wahlen stellten sich neben dem Führer der Katholiken, Ngo Dinh Diem, auch die USA, und so wurden sie nicht abgehalten. Im Oktober 1955 hielt Diem ein Referendum zur Zukunft des Staates Vietnam ab. In der Folge wurde er Präsident der nun ausgerufenen antikommunistischen Republik Vietnam.

Bald begannen Aufstände gegen das Diem-Regime unter dem Banner der Nationalen Befreiungsfront, gebilligt und unterstützt durch die kommunistisch geführte Demokratische Republik Vietnam. Die Diem-Regierung verspottete die Aufständischen als „Vietcong“ (vietnamesische Kommunisten). Der Krieg, der sich nun zwischen Nord- und Südvietnam entspann, war Teil des Kalten Kriegs. Dabei wurde der Norden von der Volksrepublik China und der Sowjetunion unterstützt und der Süden von den USA. Der zwanzig Jahre währende Krieg endete am 30. April 1975 mit dem Sieg des kommunistischen Nordens. Das Land wurde im Jahr darauf als Sozialistische Republik Vietnam wiedervereinigt. Seitdem sind katholische wie evangelische Christen vor die schwierige Aufgabe gestellt, unter der sozialistischen Regierung zu leben.

Wie bereits erwähnt, flohen zwei Drittel der Katholiken des Nordens während der Migrationswelle 1954 mit ihren Geistlichen in den Süden und schwächten so die Kirche im Norden. In dieser Lage - verfolgt durch die kommunistische Regierung, die ihre Einrichtungen beschlagnahmte und die verbliebenen Geistlichen praktisch unter Hausarrest stellte - beschränkte sich die Kirche auf die Feier der Sakramente und die Pflege der Volksfrömmigkeit. Die aggressiv antikommunistische Ideologie in der katholischen Kirche dieser Zeit machte jegliche Zusammenarbeit zwischen der vietnamesischen Kirche und der Regierung unmöglich. Derart von anderen katholischen Kirchen abgeschnitten, war die Kirche im Norden eigentlich dem Untergang geweiht. Erstaunlicherweise verbesserte sich diese

Situation nach dem Sieg des kommunistischen Nordens und der Wiedervereinigung des Landes erheblich. Die Katholische Kirche Vietnams nahm ihre Arbeit als eine Kirche mit einer einzigen Bischofskonferenz auf. Nun waren regelmäßige Kontakte zwischen beiden Teilen der Kirche möglich; es wurden sogar einige Geistliche aus dem Süden im Norden zu Bischöfen ernannt. Die Kirche im Norden konnte Verbindung zu anderen Zentren der römisch-katholischen Kirche aufnehmen, insbesondere zum Vatikan. Diese Veränderungen machten es möglich, dass die Kirche im Norden die Reformen der Gesamtkirche umsetzte, mit denen seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) begonnen worden war.

Das vietnamesische Christentum ist als Ganzes seit 1975 in der Sozialistischen Republik Vietnam vor ganz unterschiedliche Herausforderungen gestellt. Der kommunistische Norden vereinigte das Land nach dem unerwarteten und leichten Sieg über den Süden und setzte die Vietnamesische Kommunistische Partei (VCP) als einzig rechtmäßige Organisation ein, die in grundsätzlichen Fragen und Maßnahmen des Staates einschließlich der Religion entscheiden konnte. Bald danach übernahm die VCP das sozialistische Entwicklungsmodell mit seiner staatlichen Kontrolle der wichtigsten Wirtschaftsbereiche. Dies brachte das Land an den Rand des wirtschaftlichen Ruins. Der Kollaps in den 1980er Jahren zwang die Regierung dazu, das *Doi Moi*-[Erneuerungs-]Programm aufzulegen. Hierdurch wurde die „sozialistisch orientierte Marktwirtschaft“ eingeführt, dank derer das Land seit dem Jahr 2000 einen beispiellosen Aufschwung zu verzeichnen hat.

Ähnlich wie in Nordkorea und Birma, so ist auch das Geschick des Christentums in Vietnam aufs Engste mit den politischen Umbrüchen des Landes verwoben. Bereits erwähnt wurde der Niedergang der katholischen Kirche im Norden zwischen 1954 und 1975. Nach dem kommunistischen Sieg 1975 wanderten zudem Hunderttausende von Katholiken mitsamt vieler Geistlicher aus, was die katholische Kirche Vietnams weiter schwächte. Unterdessen ging die VCP im Süden mit den gleichen Repressionsmaßnahmen gegen das Christentum vor wie zuvor im Norden: Alle Einrichtungen in kirchlichem Besitz wurden geschlossen oder beschlagnahmt, religiöse Aktivitäten wurden stark eingeschränkt, Priesterweihen und der Zugang zu geistlichen Berufen reglementiert sowie Bischofsnennungen kontrolliert. Allerdings hat die Regierung die Kontrollen im Bereich der Religion seit den *Doi Moi*-Reformen etwas gelockert, auch wenn es Rückfälle in die vormalige Unterdrückung gibt. Die Regierung hat Schritte eingeleitet, um diplomatische Beziehungen zum Heiligen Stuhl aufzunehmen. Die Verfassung der Sozialistischen Republik Vietnam von 1992, die 2001 geändert wurde, erkennt „das Recht auf Glaube und Religion“ sowie die rechtliche Gleichstellung aller Religionen an. Trotz solcher erheblichen Verbesserungen ist es bis zur vollen Religionsfreiheit und einer wirklichen Nichteinmischung in die inneren Belange der Kirche noch ein langer und beschwerlicher Weg.

## China

Nicht nur das indische Christentum, sondern auch das chinesische blickt auf eine lange Geschichte zurück. Im Jahr 635, zur Zeit der Tang-Dynastie, kam eine Gruppe ostkirchlicher (oder assyrischer, manchmal auch fälschlich „Nestorianer“ genannter) Christen ins Reich der Mitte. Ihre Gemeinden genossen das Wohlwollen des Reiches und erlebten (mit Ausnahme der Zeit unter Kaiser Wu Zong nach 845) bis zum Untergang der Tang-Dynastie zu Beginn des 10. Jahrhunderts eine Blütezeit. Die katholische Kirche kam im 13. Jahrhundert durch Franziskaner nach China, als im Land die mongolische Yuan-Dynastie herrschte. Trotz der wohlwollenden Aufnahme durch eine Reihe von Khans und einigen Erfolgen in der Mission (es gab etwa 30.000 Christen) ging das Christentum nach dem Zusammenbruch der Yuan-Dynastie 1368 dem Niedergang entgegen. Vor allem Jesuiten waren es, die die katholische Kirche im 16. Jahrhundert während der Ming-Dynastie (1368-1644) zurückbrachten. Auf die Jesuiten folgten andere Gemeinschaften, vor allem Dominikaner, Franziskaner, Augustiner sowie die Pariser Mission. Die Kirche wuchs auch in der Zeit der nachfolgenden Qing-Dynastie (1644-1911) weiter. Dieser Aufschwung wurde allerdings durch den Chinesischen Ritenstreit (seit 1643) gebremst, in dessen Folge die Ahnenverehrung 1715 von Papst Clemens XI. sowie 1742 von Papst Benedikt XIV. verboten wurde. Die Situation wurde durch die koloniale Intervention in China (während des Opiumkriegs 1840) noch verschlimmert. Der Vertrag von Nanking im Jahr 1842 brachte katholische Missionare in das französische „Protektorat“. Dies hatte leider auch zur Folge, dass chinesische Katholiken von ihren Landsleuten isoliert wurden. Die gegen Ausländer und Christen gerichtete Stimmung kulminierte im Boxeraufstand (1900), bei dem fast 30.000 Katholiken getötet wurden (im Jahr 2000 sprach Papst Johannes Paul II. 120 chinesische Märtyrer heilig).

Für uns sind nun der Sieg der Kommunistischen Partei über die nationalistischen Kuomintang und die Gründung der Volksrepublik China unter Mao Tse-tung am 1. Oktober 1949 wichtig, weil sie weitreichende Folgen hatten. Der neue Staat übernahm den atheistischen Materialismus als Weltanschauung und strebte die Kontrolle über alle Religionen an, um seine sozialistischen Ziele zu erreichen. Zu diesem Zweck trieb die kommunistische Regierung die sogenannte Drei-Selbst-Bewegung für das chinesische Christentum voran. Sie umfasst die Selbstverwaltung, Selbsterhaltung und die Selbstverbreitung. Ein solches Programm war bereits 1922 von den evangelischen Kirchen vorgelegt worden. Als der Protestantismus im späten 19. Jahrhundert nach China kam, arbeiteten die Missionsbewegungen überwiegend nach den unterschiedlichen Denominationen getrennt. Im Jahr 1954 versuchte die Kommunistische Partei, die Trennung der Denominationen aufzuheben und die evangelischen Gemeinschaften im Kampf gegen den westlichen Imperialismus und für den Patriotismus zusammenzuführen. Sie gründete die Patriotische Drei-Selbst-Bewegung, um alle chinesischen evangelischen Kirchen unter ihre Kontrolle zu bringen. Ins gleiche Jahr fällt auch die Einrichtung der *China Christian Conference* als kirchliche Organisation.

Das gleiche Vorgehen wurde auch bei der katholischen Kirche angewandt. 1957



wurde die *Chinese Catholic Patriotic Association* offiziell gegründet. Die kommunistische anti-christliche Politik erreichte während der von Mao Tse-tung initiierten Kulturrevolution (1966–1976) ihren Höhepunkt, als alle Gottesdienststätten geschlossen und Religionsführer in Arbeitslager gebracht wurden.

Als Folge von Deng Xiaopings Politik der Wirtschaftsreformen und der Modernisierung seit den 1980er Jahren ist die Einstellung gegenüber dem Christentum etwas liberaler geworden. Zwei Veränderungen verdienen dabei Beachtung. Zum einen wurde sowohl der katholischen Kirche wie den evangelischen Kirchen größerer Handlungsspielraum eingeräumt. In den Jahren 1982 und 1983 wurden katholische Priesterseminare in Schanghai und Peking eröffnet. 1985 richteten die Protestanten die *Amity Foundation* ein, um Kontakte mit internationalen christlichen Einrichtungen zu fördern. Zum anderen gab es eine spektakuläre Zunahme unabhängiger Hausgemeinden vor allem im evangelischen Bereich. Auf dem Lande wie in den Städten haben sie zahlreiche Mitglieder, die mit der Drei-Selbst-Bewegung nichts zu tun haben wollen und es ablehnen, sich beim Büro für Religionsangelegenheiten offiziell registrieren zu lassen. Diese Hausgemeinden sind überwiegend pfingstkirchlich oder charismatisch orientiert. Sie legen viel Wert auf das persönliche Heil und Geistesgaben wie Glossolie, prophetische Rede und Heilungen. Die Rückgabe Hongkongs (1997) und Macaus (1999) an China im Rahmen des Prinzips „Ein Land, zwei Systeme“ wirft unweigerlich auch die Frage auf, wie es um die Religionsfreiheit und damit auch um die Rolle des Christentums in der Volksrepublik China bestellt ist. Hier besteht Diskussions- und Handlungsbedarf.

## Christsein unter sozialistischen oder kommunistischen Regierungen

Wie aus diesem historischen Überblick deutlich wurde, ist es nicht unmöglich, unter sozialistischen Regierungen Christ zu bleiben. Faktisch hat das Christentum trotz schwerer und häufiger Verfolgung und Unterdrückung in all seinen Richtungen – katholisch, evangelisch und in geringerem Maß auch ostkirchlich – nicht nur überlebt (z.B. in Nordkorea und Vietnam). In Ländern wie China und Myanmar ist es sogar gewachsen, und zwar in eindrucksvollem Maße. Wenn man dagegen die jähe Talfahrt des Christentums in vielen kapitalistischen und demokratischen Ländern betrachtet – sowie auch in den vormals kommunistischen und heute kapitalistischen Ländern –, dann lässt sich fragen, ob Sozialismus und Kommunismus sich in der Rückschau nicht sozusagen als Glück im Unglück für das Christentum erweisen. Und man wird an Tertullians Ausspruch erinnert, dass das Blut der Märtyrer der Same der Kirche ist.

Natürlich bedeutet das nicht, dass Sozialismus und Kommunismus anderen politischen bzw. ökonomischen Systemen vorzuziehen sind oder dass sie die Christen in den vier betrachteten asiatischen Ländern nicht vor große Herausforderungen stellen würden. Auch wenn diese Herausforderungen sich in jedem Land anders

darstellen, so lassen sie sich doch systematisieren. Das soll im Folgenden geschehen.

Die erste Herausforderung betrifft die Beziehung zwischen Christentum und Staat. In allen vier Ländern wurde - und wird in gewisser Weise immer noch - das Christentum als eine Religion des Westens betrachtet, die insgeheim dem westlichen Kolonialismus in die Hände spielt und mit ausländischen Mächten in Verbindung steht. Dies trifft in erster Linie auf den römischen Katholizismus zu, der mit dem Vatikanstaat gleichgesetzt wird (auch wenn Letzterer als souveräner, vom Heiligen Stuhl unabhängiger Staat völkerrechtlich anerkannt ist). Ohne Zweifel stellt das koloniale Erbe für die asiatischen Christen eine schwere Bürde dar, und wenn sie ehrlich sind, geben sie das auch zu - auch wenn die christliche Mission in der Vergangenheit viel zur Entwicklung ihrer Länder beigetragen hat und dies auch weiter tut, vor allem in den Bereichen Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialfürsorge. Römisch-katholische Christen müssen durch Wort und Tat zeigen, dass ihre Mitgliedschaft in der katholischen Kirche sie nicht zu Bürgern des Vatikanstaates macht, und dass der Patriotismus - nicht aber der Nationalismus oder die Bindung an eine bestimmte politische Partei - eine elementare Pflicht für Christen darstellt.

Bei der zweiten Herausforderung, vor die die Christen unter kommunistischer Herrschaft gestellt sind, geht es um ihre Religionsfreiheit. Christen müssen von ihren Regierungen weiterhin Religionsfreiheit fordern, da diese ein unveräußerliches Menschenrecht darstellt. Sie ist kein spezielles Entgegenkommen, das mit Hilfe von Geheimabkommen oder - soweit es um römische Katholiken geht - durch diplomatische Verhandlungen zwischen ihren Regierungen und dem Heiligen Stuhl zu erlangen wäre. Außerdem muss der Kampf für Religionsfreiheit zugunsten aller Gläubigen geführt werden und nicht nur für die Christen. Er sollte auch gemeinsam mit den Anhängern anderer Religionen, insbesondere mit den Buddhisten, geführt werden, aber auch mit Nichtgläubigen, da die Religionsfreiheit ebenfalls in deren Interesse liegt.

Die derzeitigen Versuche der kommunistischen Parteien, mit Hilfe verschiedener „organisatorischer Waffen“ und durch die Drei-Selbst-Bewegung die Religionen und vor allem das Christentum zu kontrollieren, scheinen nicht so sehr durch die atheistische, marxistisch-leninistische oder maoistische Ideologie oder durch das Interesse an nationaler Unabhängigkeit motiviert zu sein. Vielmehr liegt der Grund wohl im Bestreben, das Machtmonopol der Parteien mitsamt aller dazugehörigen Privilegien aufrechtzuerhalten. Das trifft insbesondere auf China, Nordkorea und Vietnam zu. Eine solch vollständige Kontrolle der Religionen zwingt die Politik allerdings auch zu gewagten Manövern: Einerseits haben die kommunistischen Parteien Chinas und Vietnams vor allem seit den 1980er Jahren wirtschaftliche Reformen für notwendig erachtet, um ein Mindestmaß an ökonomischem Wohlstand für alle Bürger zu gewährleisten. Sie begannen, Handelsbeziehungen zur kapitalistischen Welt aufzunehmen, insbesondere zu den USA. Andererseits zieht eine derartige wirtschaftliche Öffnung unvermeidlich die Forderung nach Demokratie und Religionsfreiheit nach sich (wie die vierte Demo-

kratiebewegung im Juni 1989 auf dem Tiananmen-Platz gezeigt hat). Die kommunistischen Führer sind sich dieses Dilemmas durchaus bewusst. Sie wollen Wirtschaftsreformen durchführen, ohne ihre politische Monopolstellung zu verlieren. Hier sollten Christen die Regierungsvertreter - vor allem in China und Vietnam - daran erinnern, dass die inneren Belange der Kirche wie die Ernennung von Bischöfen keine Gefahr für das Wohl der kommunistischen Partei oder des Landes darstellen, wie sich aus den letzten fünfzig Jahren ersehen lässt. Wenn die Regierung hier kontrollierend und intervenierend eingreift, dann liegt dem wohl eine unbegründete, unnötige und dem Gemeinwohl abträgliche Furcht zugrunde.

Die dritte Herausforderung ist interner Art, auch wenn sie ursprünglich durch die Religionspolitik der kommunistischen Regierungen entstanden ist: eine Aussöhnung zwischen den verschiedenen Gruppierungen und Spaltungen innerhalb der Kirche. Diese Trennungen besitzen unterschiedliche Gestalt: So können sie etwa in der Form des Patriotismus auftreten, dem die Loyalität zu einer ausländischen Macht gegenübersteht (beispielsweise in Form der sogenannten „Untergrundkirche“ bzw. der „Patriotischen Kirche“). Die Spaltung kann in der Konkurrenz zwischen unterschiedlichen Richtungen des Christentums (z.B. Katholiken gegen Protestanten) bestehen oder in theologischen Differenzen (z.B. die christlichen Hauptströmungen gegen die Pfingstkirchen oder Charismatiker). Dass diese innerchristlichen Streitigkeiten von den kommunistischen Regierungen gegen das Christentum genutzt werden, ist offenkundig und wird nicht geleugnet. Glücklicherweise konnten diese Gräben in der Vergangenheit zum Teil durch wechselseitige Anerkennung und Zusammenarbeit überbrückt werden. Doch es bleibt viel zu tun. Eine christliche Identität, die glaubwürdig und echt ist, hängt zu guten Teilen davon ab, welche Erfolge auf diesem Feld der ökumenischen Zusammenarbeit erzielt werden können.

Hier könnte die Frage weiterführen, ob die traditionelle christliche Mission, die von einzelnen Denominationen ausgeht, noch angemessen ist. Und man kann weiter fragen, ob die Vereinigung aller evangelischen Denominationen unter einer Dachorganisation durch die Kommunisten, wie sie vor allem in Nordkorea, China und Vietnam geschehen ist, sich nicht im Nachhinein ebenso als Segen herausstellt. Schließlich hat sie die verschiedenen christlichen Denominationen und Gemeinschaften zur Kooperation gezwungen. Diese „Einheit“ ist nun durch die Rivalität zwischen den „registrierten“ und „nicht registrierten“ Kirchen stark gefährdet. Dieses Auseinanderfallen ist für die Glaubwürdigkeit der christlichen Botschaft mit Sicherheit ein *skandalon*. Wenn man diese Frage aufwirft, befürwortet man damit allerdings noch keinen Pan- oder Post-Denominationalismus. Entgegen der verbreiteten Gleichgültigkeit oder sogar Skepsis in Bezug auf die Einheit der Kirchen, wie sie in den letzten Jahren im Westen zu beobachten ist, liegt die Betonung nun vielmehr auf der Notwendigkeit einer ökumenischen Einheit für die Identität des Christentums in Asien. Die Einheit der Christen ist zu einer drängenden Frage geworden. Dies gilt vor allem für China, wo die Evangelikalen, die sogenannten indigenen und unabhängigen Kirchen (wie z.B.

die *True Jesus Church*, die *Jesus Family* und die *Little Flock*) sowie unzählige Hauskirchen einen enormen Zuwachs zu verzeichnen haben. Die Mitgliederzahl dieser „nicht registrierten“ Kirchen übertrifft vermutlich die der „registrierten“. Sie werden für absehbare Zeit eine der größten Herausforderungen für die christliche Identität in Asien darstellen.

Die vierte Herausforderung betrifft die Rolle asiatischer Christen außerhalb Chinas und Nordkoreas für die christlichen Kirchen dieser Länder. Wie oben bereits betont wurde, haben die Christen Südkoreas eine wichtige Rolle bei den Planungen für die Wiedervereinigung des Landes gespielt. Angesichts der großen Anzahl von Christen in Korea – sie machen etwa 30 Prozent der Bevölkerung aus – und ihres beträchtlichen Einflusses ist es unwahrscheinlich, dass es zu einer Wiedervereinigung ohne Beteiligung südkoreanischer Christen kommt. Gleichermaßen sind die chinesischen Christen in Hongkong, Taiwan und in der Diaspora sowie in geringerem Maße auch in Macau dafür gerüstet, eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines theologisch gebildeten und erneuerten Christentums auf dem chinesischen Festland zu spielen. Ebenso verfügen die Christen in Südvietnam über materielle, wissenschaftliche und personelle Ressourcen, mit denen sie ihren Mitchristen im Norden zur Seite stehen können.

Was hier befürwortet werden soll, ist nicht die überholte finanzielle Unterstützung und Kontrolle durch Missionswerke (bei den Protestanten) oder durch die Kongregation für die Evangelisierung der Völker (bei den Katholiken). Die Drei-Selbst-Bewegung muss weiterhin die Richtschnur für das Christentum in Asien darstellen, selbst wenn die kommunistischen Parteien Vorteile aus ihr ziehen. Vielmehr sollten diejenigen christlichen Kirchen, die in politischer Freiheit und ökonomischem Wohlstand leben, sich in besonderem Maße für ihre Geschwisterkirchen in Nordkorea, China und Vietnam (und eigentlich auch für Myanmar) verantwortlich fühlen. Christsein in Asien erfordert Solidarität mit den Kirchen unter sozialistischen Regierungen.

Die fünfte Herausforderung für die Identität der Christen in den vier kommunistischen Ländern Asiens – sowie in Asien insgesamt – besteht im Kontakt zu anderen Religionen. Die frühere negative Haltung der christlichen Kirchen gegenüber dem Brauch der Ahnenverehrung und deren nachteilige Wirkung auf die christliche Mission wurde bereits erwähnt. Obwohl zumindest seit dem Zweiten Vatikanischen Konzil spürbare Veränderungen in der Position der römisch-katholischen Kirche gegenüber den nicht-christlichen Religionen zu verzeichnen sind, steckt der interreligiöse Dialog zumal in diesen vier kommunistischen Ländern immer noch in den Kinderschuhen. Eine sachgerechte Theologie der Religionen, die die positive Rolle der nicht-christlichen Religionen für das spirituelle Wohl ihrer Anhänger jenseits der in den letzten Jahrzehnten so beliebten Kategorien des Exklusivismus, Inklusivismus oder Pluralismus anerkennt, muss erst noch entwickelt werden. In Asien ist das Leben im Glauben mehr als anderswo auf der Welt ein interreligiöses Leben. Christliche Identität kann sich nicht herausbilden, wenn es keinen ernsthaften und auf Überheblichkeit verzichtenden Dialog mit den Gläubigen anderer Religionen gibt, oder wenn eine Wirk-

lichkeit ausgeblendet wird, in der man sich mehreren Religionen zugehörig fühlen kann. Dieser Dialog darf sich nicht nur auf die Theologie beschränken, sondern muss auch das miteinander geteilte Leben, die Aktivitäten und religiösen Erfahrungen in den Blick nehmen.

Die sechste und vielleicht größte Herausforderung für das Christsein in kommunistischen Ländern stellt paradoxerweise die sich vor allem in China und Vietnam rasch ausbreitende Marktwirtschaft dar, in deren Gefolge sich besonders unter jungen Menschen zügelloser Materialismus und Konsumismus Bahn brechen. Als Weltanschauung wird der Kommunismus zusehends inhaltsleerer, auch wenn er von den kommunistischen Parteien weiterhin verkündet und gestützt wird. Die Parteiführer sind sich dessen wohl bewusst, und sie versuchen, ihre Interessen auch in etwaigen post-sozialistischen Staaten zu sichern. Die größte Gefahr für das Christentum in den sozialistischen Ländern Asiens stellen heute nicht (oder nicht mehr) die repressive Religionspolitik der kommunistischen Parteien oder generell die kulturelle „Diktatur des Relativismus“ dar. Es ist vielmehr die völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Christentum oder dem religiösen Leben überhaupt, die eine Folge des unablässigen Strebens nach Wohlstand und nach den durch ihn verheißenen Annehmlichkeiten ist. Die Unterdrückung der Religion bringt einen im Glauben gegründeten Widerstand hervor; das Martyrium sät den Samen der Bekehrung aus; und selbst der Relativismus rechnet noch mit der Religion, indem er allen Religionen die gleiche Wirksamkeit zugesteht. Die Gefahr für das Christentum heute gründet im neugewonnenen Glauben in die unbeschränkte und beispiellose Macht des Kapitalismus, dessen einziges Credo „Gier ist gut“ lautet. Er ist das Allheilmittel gegen alle Krankheiten und der Glaube, der alle anderen Glaubensformen in sich aufsaugt.

Nach einem halben Jahrhundert der Koexistenz mit dem Kommunismus haben Christen effektive Überlebensstrategien entwickelt. Wenn sie verfolgt wurden, wussten sie, wie sie standhalten und an ihrem Glauben festhalten konnten. Mit dem Kommunismus teilten sie sogar das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Nun sind die Kirchen mit der nahezu universalen Dominanz des Kapitalismus konfrontiert, und sie sind ratlos, wie sie vor allem ihren jungen Mitgliedern helfen können, seinen Lockrufen zu widerstehen. Es überrascht nicht, dass die sogenannte Erfolgstheologie („Prosperity Gospel“) in den kommunistischen Ländern Asiens ebensoviel Anziehungskraft entfaltet wie in den USA. Damit besteht die größte Herausforderung für die Christen in den kommunistischen Ländern Asiens sowie in Asien insgesamt nicht länger in der Unterdrückung der Religionsfreiheit. Die Frage lautet nun, wie sie mit der Religionsfreiheit umgehen sollen, wenn diese den meisten Menschen gleichgültig ist.